

Entwicklungspolitische Grundlagen

Menschenrechte vor Handelsregeln

Wieder ist die Zahl der Menschen, die an Hunger und Unterernährung leiden, dramatisch gestiegen: Während wir in der ökumenischen Kampagne von 2008 noch von 854 Millionen Betroffenen ausgingen, sind es heute rund eine Milliarde. Trotzdem würde die aktuelle Nahrungsmittelproduktion ausreichen, um alle Menschen zu ernähren. So war das Krisenjahr 2008 weltweit ein sehr gutes Erntejahr. Dies zeigt bereits, dass eine einfache Produktionssteigerung den weltweiten Hunger nicht bekämpfen kann. Auch wenn die Produktion aufgrund des Bevölkerungswachstums künftig steigen muss, ist es noch wichtiger, fairer und nachhaltiger zu produzieren und zu konsumieren. Hierzu muss eine nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden, die Menschen und Umwelt schont. In den Ländern des Südens ist es besonders wichtig, die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern. Bei uns in der Schweiz stellt der Kauf von lokalen, saisonalen und biologischen Nahrungsmitteln sowie Fair-Trade-Produkten (z.B. von Max Havelaar) einen wichtigen Schritt dar.

Aber auch das internationale Handelssystem, das eng mit der Produktion und dem Konsum verbunden ist, muss den Regeln der Fairness entsprechen, um den Hunger weltweit und dauerhaft zu bekämpfen. *Fastenopfer* und *Brot für alle* stellen in der Kampagne 2010 Ansätze des Fairen Handels und Vorschläge alternativer Wirtschaftssysteme zur Diskussion. Sie betonen besonders die Wichtigkeit des lokalen Marktes und zeigen, dass eine grundsätzlich andere, auf die Menschenrechte hin ausgerichtete Handels- und Wirtschaftspolitik möglich und zwingend notwendig ist.

Wir können etwas tun

Die Kampagne richtet sich an jede einzelne Person als Konsumentin und Konsument. Wir haben es in der Hand einzufordern, dass Dinge, die wir kaufen, unter sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Bedingungen hergestellt werden. Durch unseren individuellen Kaufentscheid für Produkte aus dem Fairen Handel überzeugen wir Unternehmen und Händler/innen, dass uns Herkunft und Herstellungsbedingungen von Gütern und Dienstleistungen interessieren. Produkte des Fairen Handels sollen aber nicht nur Eingang in unseren eigenen Haushalt finden, sondern sollten auch in unserem Umfeld und an unserem Arbeitsplatz eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Kampagne ruft daher auch dazu auf, uns dafür einzusetzen, dass in unserer Umgebung auf sozial- und umweltverträgliche Produkte und Dienstleistungen gesetzt wird. In der ökumenischen Kampagne von 2007 *High Tech – No Rights?* zeigten wir, dass es für die Hunger- und Armutsbekämpfung wichtig ist, auch Produkte wie Computer nachhaltig zu produzieren, auf den Markt zu bringen und dass diese von uns beim Kauf bevorzugt werden sollten. Dies gilt aber nicht nur für Güter. Auch bei Dienstleistungen, wie z.B. Auslandsreisen, sollte der Aspekt der Nachhaltigkeit beachtet werden.

Wenn der internationale Handel Hunger erzeugt...

Global faire Handelsregeln sind für die Menschen in Ländern des Südens überlebenswichtig. Aktuell gibt es leider zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass der internationale Handel das Recht auf Nahrung unzähliger Menschen beeinträchtigt. Viele reiche Industrieländer

subventionieren ihre Bäuerinnen und Bauern, sodass diese ihre Nahrungsmittel unter den eigentlichen Produktionskosten herstellen und billig auf dem Weltmarkt verkaufen können. Aufgrund dieser billigen Importe aus dem Ausland verlieren Kleinbauern und -bäuerinnen im Süden die Möglichkeit, ihre Produkte auf den lokalen Märkten zu verkaufen. Sie können mit diesen sogenannten „Dumping-Preisen“ aus dem Norden nicht konkurrieren. So stieg zum Beispiel der Import von Reis auf Haiti zwischen den Jahren 1992 und 2003 um 150%, was zu einer weitgehenden Zerstörung des lokalen Marktes führte.

Der Grossteil des importierten Reises (95%) wurde zu Dumping-Preisen aus den USA nach Haiti eingeführt. Inzwischen ist die Zahl der Hungernden in Haitis Reisanbaugebieten am höchsten. Die Nahrungsmittelkrise von 2008 traf die Menschen hier besonders stark. Auch in Afrika treibt diese Art von Handel zahlreiche Menschen in den Hunger: In Kamerun haben beispielsweise billige Geflügelimporte aus Europa zur Zerstörung der lokalen Märkte beigetragen. In Ghana ersetzt importierte Tomatenpaste einen Grossteil der lokalen frischen Tomaten. Der lokale Marktanteil an ghanaischen Tomaten sank in den letzten Jahren um etwa 30%. Die Folge: Viele Kleinbauernfamilien müssen ihre Produktion einstellen und werden von billig importierten Lebensmitteln abhängig. Dies gefährdet die Ernährungssicherheit dieser Familien, besonders wenn es – wie 2008 – in Krisenzeiten zu einer allgemeinen Verteuerung der Grundnahrungsmittel kommt.

Die aktuellen Regeln der in Genf ansässigen Welthandelsorganisation (WTO) sind weit davon entfernt, gerecht zu sein. Während die reichen Länder ihre eigenen Märkte schützen, üben sie seit Jahren Druck auf die armen Länder aus, um diese zu zwingen ihre Märkte zu öffnen. Sie nutzen den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank sowie bilaterale Abkommen und die verbindlichen Regeln der WTO, um sich einen unbegrenzten Zugang zu diesen Märkten zu sichern.

Die negativen Auswirkungen auf Haiti, in Kamerun und in Ghana sind nur Beispiele dafür, dass die aktuellen Handelsregeln Verletzungen des Rechts auf Nahrung mit sich bringen. Weitere Faktoren sind Preisspekulationen im Lebensmittelsektor oder die Strategien von Weltbank und IWF, mit denen Länder des Südens zur Rückzahlung ihrer Schulden gezwungen werden: So werden betroffene Länder dazu gedrängt, ihre nationalen Getreidespeicher aufzugeben und anstelle von Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung, Blumen oder Kaffee für den Export zu produzieren. Das so verdiente Geld dient zur Schuldentrückzahlung, macht die Länder dafür von Nahrungsmittelimporten abhängig.

Menschenrechte müssen über den Handelregeln stehen

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, ist davon überzeugt, dass Handel der Entwicklung und den Menschenrechten dienen kann, wenn er angemessen reguliert wird. Laut De Schutter, dem Nachfolger von Jean Ziegler, müsste das aktuelle Handelssystem von Grund auf reformiert werden. Als Grundlage sollte das Recht auf Nahrung dienen. In allen Handelsabkommen und Programmen der Welthandelsorganisation müsste sichergestellt werden, dass die von Hunger bedrohten Länder die Möglichkeit haben, den Markt zu regulieren, um zu gewährleisten, dass die Menschen sich und ihre Familien ernähren können. Die verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen betonen, dass die Internationalen Finanzinstitutionen dazu verpflichtet sind, das Recht auf Nahrung in all ihren Aktivitäten zu achten. Dies bezieht sich auch auf die Kreditvergabe und auf Massnahmen, um die Schuldenkrise zu bewältigen.

Es ist wichtig, die politischen Entscheidungsträger zum Engagement für das Recht auf Nahrung zu drängen. *Fastenopfer* und *Brot für alle* forderten bereits im Jahr 2006 mit einer von über 30'000 Menschen unterzeichneten Petition „Handel für Menschen: Für menschengerechte Handelsregeln und –praktiken“, dass erstens das Recht auf Nahrung für alle Menschen sicherzustellen sei, dass zweitens gerechter Zugang für alle zu Wasser, Bildung, Gesundheitsdiensten, Information und Wissen zu ermöglichen sei und dass drittens transnationale Unternehmungen so in Regelwerke einzubinden seien, dass ihre Aktivitäten diese Rechte nicht unterlaufen können.

Die Petition wurde im Dezember 2008 vom Nationalrat in der Form eines Postulates an den Bundesrat überwiesen. In der ökumenischen Kampagne 2010 führen *Brot für alle* und *Fastenopfer* ihr Engagement gegen globale Ungerechtigkeit und Hunger fort. Die Werke setzen sich sowohl für faire Handelsregeln als auch für eine Produktion und einen Konsum von Produkten ein, die zur weltweiten Verwirklichung des Rechts auf Nahrung beitragen.